



Schuldenabbau oder Investitionen?

Für viele Menschen ist das nicht die
Frage

Dr. Jan Eichhorn (d|part)
Carl Mühlbach (FiscalFuture)

d|part

FISCAL
FUTURE

Die Autor:innen sind Dr. Jan Eichhorn von d|part und Carl Mühlbach von Fiscal Future.

d|part – Forschung für politische Partizipation gUG
Keithstr. 14
10787 Berlin, Germany
www.dpart.org
info@dpart.org

FiscalFuture e.V.
Koppenplatz 10
10115 Berlin, Germany
www.fiscalfuture.de
info@fiscalfuture.de

Das Titelbild ist von [Tak](#), die Nutzungslizenz wurde via istockphoto erworben.



Inhalt

1. Einleitung	1
2. Für viele sind sowohl Schuldenabbau als auch Investitionen wichtig.....	2
3. Wer Staatsvertrauen hat, unterstützt auch eher staatliche Investitionen	4
4. Wer den Abbau von Staatsschulden wichtig findet, vertraut eher der Effizienz des Marktes	6
5. Kaum einer glaubt jedoch an „Trickle Down“ für Arbeitnehmende	9
6. Eine Priorisierung von Investitionen geht mit größerem Wissen einher	10
7. Schlussfolgerungen	12
Über die Autor:innen	16

1. Einleitung

Im Herbst 2023 sehen sich die Regierungen vieler Staaten mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Während die Folgen der wirtschaftlichen Einschränkungen während der Corona-Pandemie noch spürbar waren, erzeugte der russische Angriffskrieg in der Ukraine einen hohen Druck auf die Preisentwicklung, vor allem im Energiesektor. Da gleichzeitig Verpflichtungen zur Eindämmung der Klimakrise bestehen, müssen politische Entscheidungsträger:innen abwägen, wie sie aktuelle Probleme angehen können, ohne dabei zukunftsorientiertes Handeln zu vernachlässigen. Während einige Regierungen, wie die der Vereinigten Staaten hierbei auf eine Politik umfangreicher staatlicher Investitionen setzen, sieht das in Deutschland anders aus.

Der aktuelle Bundeshaushalt setzt fiskalpolitische Disziplin als Kernprinzip fest. In der Folge mussten fast alle Bundesministerien Einsparungen vornehmen, auch solche, die grundsätzlich Innovationen fördern sollen (wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung). Während die Priorisierung von Schuldenminimierung von zahlreichen Ökonom:innen als wachstumsfeindlich kritisiert und eine Fokussierung auf zielgerichtete Investitionen gefordert wird¹, führen Befürworter:innen der Konsolidierung als Begründung für diesen Weg nicht nur ökonomische Argumente an. Neben den (umfangreich kritisierten) Argumenten, dass ausgeglichene Haushalte nicht nur für Unternehmen und Privatpersonen, sondern auch für Staaten essenziell seien, wird auch die Sichtweise der Bevölkerung immer wieder betont.

So behauptete beispielsweise der Bundesfinanzminister, dass die Menschen erwarteten, dass in Deutschland und der Europäischen Union Schulden und Defizite überwunden würden, um stabile Staatsfinanzen zu garantieren². Auf den ersten,

¹ OECD (2023). ‚A return to strong, resilient and sustainable growth for Germany requires future focused investment and reform‘ (8. Mai). Abrufbar unter <https://www.oecd.org/economy/a-return-to-strong-resilient-and-sustainable-growth-for-germany-requires-future-focused-investment-and-reform.htm> (abgerufen 17.10.2023); Belitz, H., Clemens, M., Gebauer, S. & Michelsen, C. (2020). Öffentliche Investitionen als Triebkraft privatwirtschaftlicher Investitionstätigkeit. *Politikberatung kompakt* 158. DIW Berlin; Ismar, G. (2023). ‚Der Druck auf Lindner und die Schuldenbremse wächst‘ (6. August). *Süddeutsche Zeitung*. Abrufbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/schuldenbremse-ampelkoalition-kritik-1.6101899?reduced=true> (abgerufen 17.10.2023).

² Bundesministerium der Finanzen (2023). ‚Christian Lindner zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts‘ (26. April). Abrufbar unter <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Video->

oberflächlichen Blick scheinen ihm Bevölkerungsumfragen diesbezüglich auch Recht zu geben. Wenn sie danach gefragt werden, geben viele Menschen zunächst tatsächlich an, dass sie umfangreichen Staatsschulden eher skeptisch gegenüberstehen.³ Doch können wir daraus tatsächlich schließen, dass sie staatliche Investitionen als weniger wichtig erachten und fiskalpolitische Disziplin priorisieren? Bestehende Forschung weckt hierbei Zweifel. Denn Forschende haben gezeigt, dass Ansichten zu Staatsschulden nicht unbedingt gefestigt sind, sondern vielmehr davon abhängig sind, in welchem Kontext Menschen über sie nachdenken⁴.

Um diese Frage tiefergehend zu untersuchen, analysieren wir in diesem Briefing Daten einer großangelegten repräsentativen Umfrage, in der über 3000 Menschen in Deutschland im Juni 2023⁵ repräsentativ für die Gesamtbevölkerung im Alter von 18 bis 80 Jahren zu verschiedenen wirtschaftlichen Themen befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Ansichten vieler Menschen komplexer sind, als es die aktuelle politische Debatte oft widerspiegelt und, dass die Mehrheit der Bevölkerung Investitionen nicht hintenanstellt, sondern als mindestens ebenso wichtig wie den Schuldenabbau bewertet.

2. Für viele sind sowohl Schuldenabbau als auch Investitionen wichtig

Die Mehrheit der Bevölkerung (62 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass die Regierung Staatsschulden mit Priorität abbauen sollte, damit die kommende Generation darunter nicht leiden müsse (Abbildung 1). Gleichzeitig sagen jedoch fast genauso viele Personen (59 Prozent), dass es besser wäre, wenn sich die Regierung heute Geld leiht, um in die Zukunft zu investieren, damit die nächste Generation bessere Grundlagen hat. Beide Aussagen stehen zwar in einem klaren inhaltlichen Widerspruch zueinander, doch scheinbar sehen viele Menschen diesen nicht intuitiv.

Textfassungen/2023/textfassung-2023-04-26-statement-lindner-stabilitaets-und-wachstumspakt.html (abgerufen 24.09.2023).

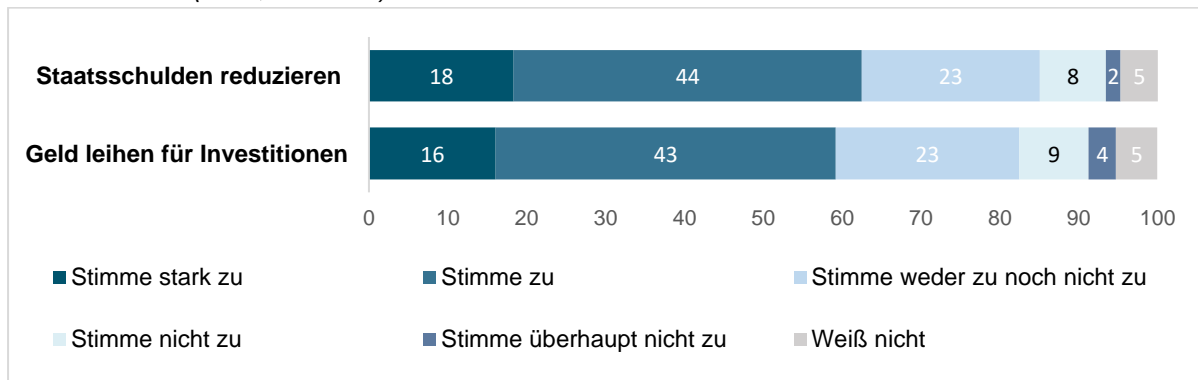
³ Redaktionsnetzwerk Deutschland (2022). ‚Mehrheit der Deutschen gegen Neuverschuldung für Entlastungen‘ (18. September). Abrufbar unter <https://www.rnd.de/wirtschaft/entlastungen-mehrheit-der-deutschen-gegen-neuverschuldung-2VL3DMKABJQ4OC2RFTRSPCIY4E.html> (abgerufen 24.09.2023).

⁴ Bremer, B. & Bürgisser, R. (2023). Do citizens care about government debt? Evidence from survey experiments on budgetary trade-offs and priorities. *European Journal of Political Research* 62(1): 239-263.

⁵ 3087 Befragte 6. – 20. Juni 2023, University of Edinburgh, Bilendi.

3 SCHULDENABBAU STATT INVESTITIONEN?

Abbildung 1: Zustimmung zu Aussagen zu Staatsschulden⁶ und schuldenfinanzierten Investitionen⁷ (in %, N=3087)



Tatsächlich stimmen von jenen Menschen, die zu beiden Aussagen eine Meinung geäußert haben⁸, 38 Prozent beiden Aussagen zu (Tabelle 1). Personen, die eine Ansicht priorisieren und die andere klar ablehnen, sind in der Minderheit: 10 Prozent stimmen dem Schuldenabbau zu und lehnen schuldenfinanzierte Investitionen ab, während die umgekehrte Konstellation für 8 Prozent zutrifft. Darüber hinaus gibt es noch jene, die zwar entweder Schuldenabbau oder Investitionen befürworten, der anderen Position jedoch weder zustimmen noch sie ablehnen (je 17 und 16 Prozent). Andere Ansichtsweisen werden nur von einer kleinen Minderheit eingenommen.

Es ist also eine klare Fehlannahme, davon auszugehen, dass jemand, der den Abbau von Staatsschulden intuitiv gut findet, deswegen schuldenfinanzierte Investitionen ablehnt. Die Daten zeigen hingegen, dass Schulden für sich genommen zwar von vielen Menschen zunächst negativ beurteilt werden, aber von vielen akzeptiert werden, wenn sie mit wünschenswerten Zukunftsinvestitionen in Verbindung gebracht werden.

⁶ Wortlaut der Frage: Geben Sie bitte für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie ihnen jeweils zustimmen bzw. nicht zustimmen: „Staatsschulden zu reduzieren sollte eine Priorität für die Regierung sein. Sonst werden unsere Kinder lange darunter leiden.“

⁷ Wortlaut der Frage: Geben Sie bitte für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie ihnen jeweils zustimmen bzw. nicht zustimmen: „Es ist besser, wenn die Regierung sich heute Geld leiht, um in die Zukunft zu investieren als der nächsten Generation kaputte Schulen, Straßen und Krankenhäuser zu hinterlassen.“

⁸ Das waren 92,5% der Befragten. Die verbliebenen 7,5% sagten mindestens bei einer der beiden Aussagen, dass sie dazu keine Antwort geben könnten.

Tabelle 1: Einstellungsprofile zu Schuldenabbau und schuldenfinanzierten Investitionen (N=2855)⁹

Einstellung Schuldenabbau Priorität	zum als	Einstellung zu schulden- finanzierten Investitionen	Prozent der Befragten
Zustimmung		Ablehnung	10,2
Zustimmung		Weder noch	16,6
Zustimmung		Zustimmung	38,4
Weder noch		Zustimmung	15,8
Ablehnung		Zustimmung	8,2
Weder noch		Weder noch	6,4
Andere Kombinationen			4,4

Diese Erkenntnis wirft jedoch sogleich eine neue Frage auf: was verknüpfen die Menschen, die beiden Aussagen grundsätzlich zustimmen, mit ihrer Ansichtswiese? Stehen sie mit ihren Ansichten einfach zwischen den beiden, theoretisch klar voneinander zu differenzierenden Positionen? Oder liegen sie in ihren Einstellungen grundsätzlich einer Seite näher als der anderen? Um darüber mehr herauszufinden, vergleichen wir im Folgenden die Personen in der Mittelgruppe mit jenen an den entgegengesetzten Enden des Meinungsspektrums.

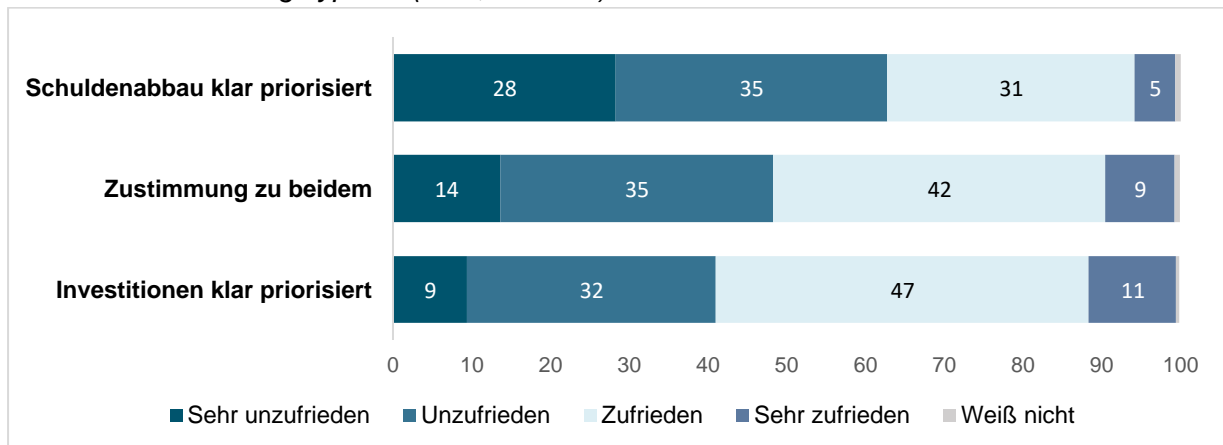
3. Wer Staatsvertrauen hat, unterstützt auch eher staatliche Investitionen

Die Befürwortung von schuldenfinanzierten Staatsinvestitionen steht im Zusammenhang mit den Ansichten zum Staat insgesamt. Menschen, die nur den Schuldenabbau priorisieren, drücken häufig (63 Prozent) eine Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland aus (Abbildung 2). Jene, die dagegen Investitionen wichtiger finden als den Schuldenabbau, sagen dies deutlich seltener (42 Prozent). Die Personen, die beiden Positionen zustimmen, liegen mit 48 Prozent Unzufriedenheit der letzteren Gruppe sehr nahe.

⁹ Teilnehmende, die bei mindestens einer der beiden Fragen „Weiß nicht“ gesagt oder keine Angabe gemacht haben, konnten keinem Profil zugeordnet werden und sind somit nicht in dieser Analyse inkludiert.

5 SCHULDENABBAU STATT INVESTITIONEN?

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland¹⁰ nach Schulden-
Investitionseinstellungstypen¹¹ (in %, N=1620)



Dieses Bild spiegelt sich auch wider, wenn wir uns das Vertrauen in staatliche Institutionen anschauen (Abbildung 3). Menschen, die einen Schuldenabbau verlangen und schuldenfinanzierte staatliche Investitionen ablehnen haben deutlich niedrigeres Vertrauen in staatliche Institutionen. Die Personen, denen schuldenfinanzierte Investitionen wichtiger sind – egal ob sie zusätzlich den Schuldenabbau prinzipiell befürworten oder nicht – haben ein ähnliches Niveau an Vertrauen in die Institutionen des Staates (Abbildung 3). Das gilt sowohl für politische Organe wie die Bundesregierung als auch für das Rechtssystem und die öffentliche Verwaltung.

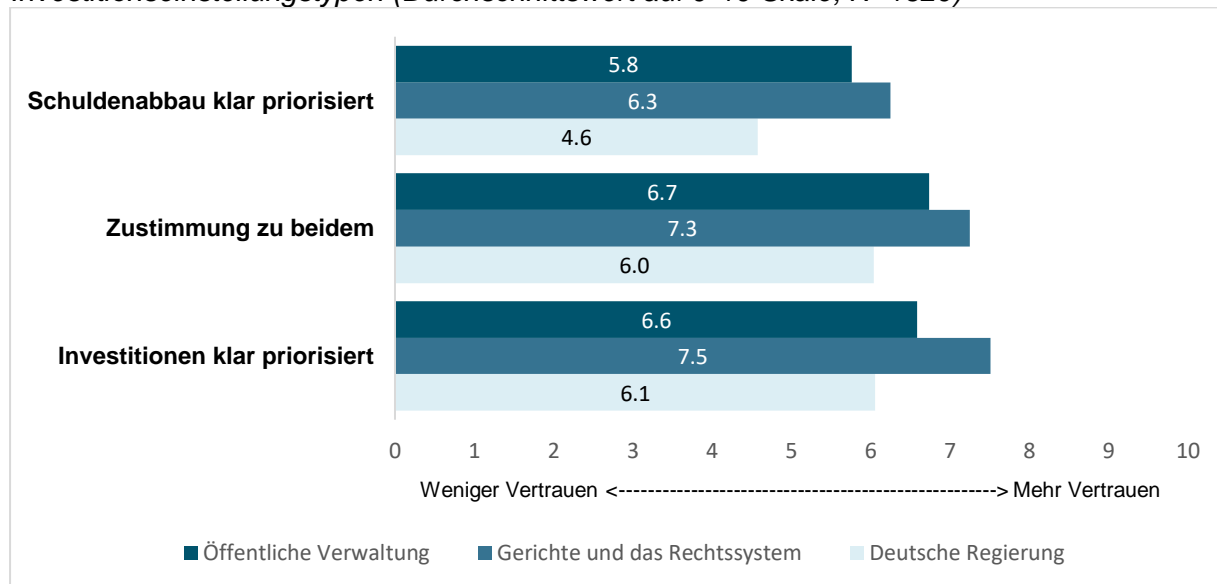
Ob jemand ein höheres Staatsvertrauen hat, spielt also scheinbar keine große Rolle bei der Frage nach der Zustimmung zu Schuldenabbau per se. Sowohl Menschen in der Mittelgruppe (mit höherem Staatsvertrauen) als auch Menschen in der Gruppe, die den Schuldenabbau klar priorisiert, bewerten Staatsschulden intuitiv negativ. Aber bei der Frage nach Investitionen stellen sich deutliche Unterschiede heraus. Die Zustimmung zu schuldenfinanzierten Investitionen ist bei Menschen mit mehr Staatsvertrauen grundsätzlich höher. Daraus leitet sich jedoch eine neue

¹⁰ Wortlaut: „Alles in allem, würden Sie sagen, dass Sie eher zufrieden oder eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert?“

¹¹ Verglichen werden hier und in folgenden Analysen Menschen, die den Schuldenabbau unterstützen und schuldenfinanzierte Investitionen ablehnen („Schuldenabbau klar priorisiert“) an einem Ende des Spektrums, mit jenen am anderen Ende, die den Schuldenabbau als Priorität ablehnen und schuldenfinanzierten Investitionen zustimmen („Investitionen klar priorisiert“), sowie Menschen, die beiden Aussagen zustimmen („Zustimmung zu beidem“).

Fragestellung ab: wenn sich die Mittelgruppe (gleichzeitig für Schuldenabbau sowie für schuldenfinanzierte Investitionen) also denjenigen beim Vertrauen in den Staat ähnelt, die Investitionen priorisieren, drängt sich die Frage auf, worin sie sich dann unterscheiden.

Abbildung 3: Vertrauen in staatliche Institutionen¹² nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (Durchschnittswert auf 0-10 Skale, N=1620)

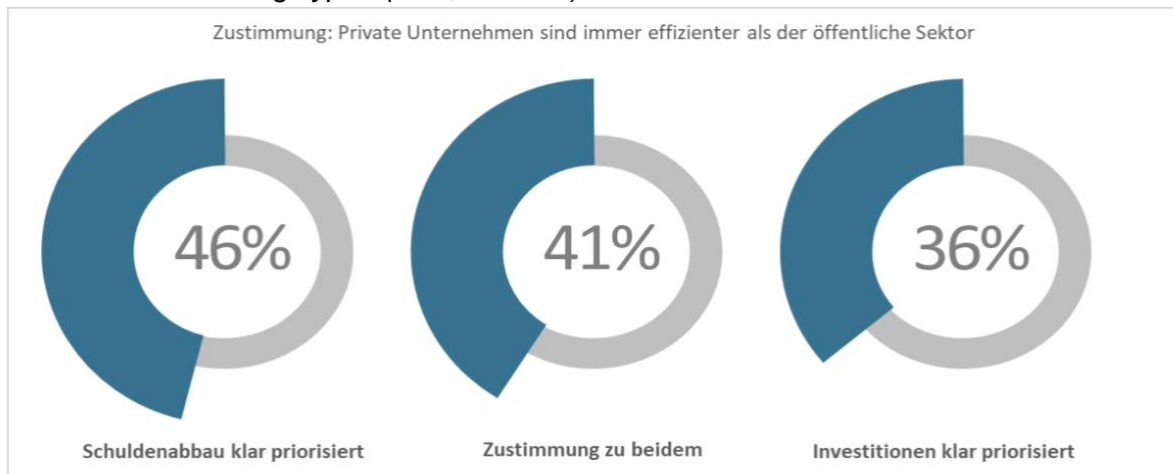


4. Wer den Abbau von Staatsschulden wichtig findet, vertraut eher der Effizienz des Marktes

Menschen, die sowohl dem Schuldenabbau prinzipiell zustimmen, aber auch schuldenbasierte Investitionen befürworten, haben grundsätzlich eher eine positive Haltung dem Staat gegenüber. Bei der Frage, wie effizient der Staat im Vergleich zu privaten Unternehmen sein kann, stehen sie zwischen den beiden Gruppen, die klar Position beziehen. Unter denen, die den Abbau von Schulden priorisieren, stimmen 46 Prozent der Aussage zu, dass private Unternehmen immer effizienter sind als der öffentliche Sektor. In der Mittelgruppe trifft das auf 41 Prozent zu und sinkt bei jenen, die Investitionen klar priorisieren, auf nur 36 Prozent (Abbildung 4).

¹² Wortlaut: „Auf einer Skala von 0 bis 10, wo 0 „Überhaupt nicht“ und 10 „Vollständig“ bedeutet, wie sehr vertrauen Sie jeder der folgenden Institutionen?“

Abbildung 4: Ansichten zur Markteffizienz privater Unternehmen¹³ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)

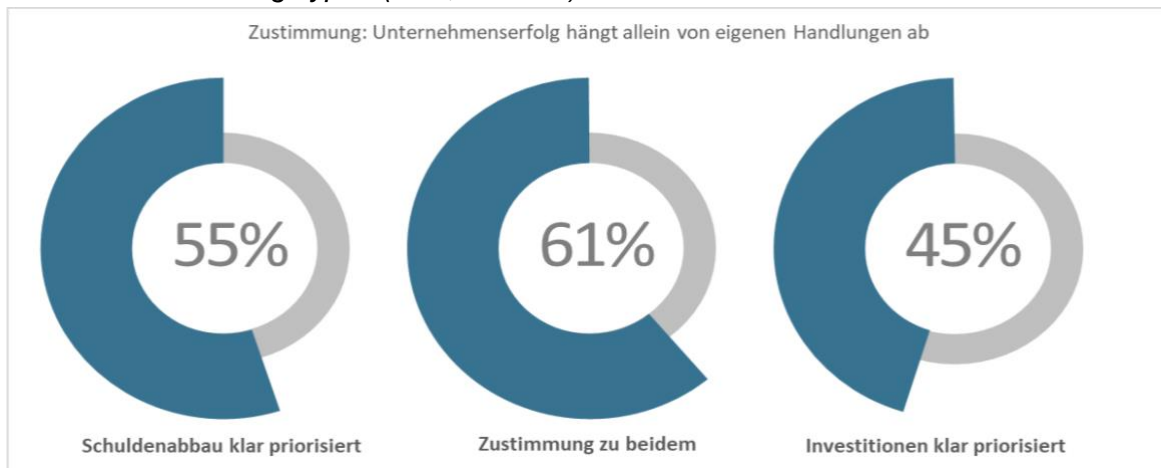


Einen noch deutlicheren Unterschied sehen wir, wenn wir fragen, worin wirtschaftlicher Erfolg von Unternehmen begründet liegt. Eine Mehrheit der Mittelgruppe (61 Prozent) und der Gruppe, die den Schuldenabbau priorisiert (55 Prozent), stimmt der Aussage zu, dass Unternehmenserfolge allein von der Qualität eigener Handlungen abhängt – und nicht etwa auch von den Rahmenbedingungen wie guter Infrastruktur oder Forschungsförderung. Dieser Ansichtweise stimmen hingegen nur 45 Prozent der Menschen in der Investitions-priorisierenden Gruppe zu (Abbildung 5). Das Argument vom „Entrepreneurial State“¹⁴, wonach auch staatliche Handlungen oft unternehmerisch wirken und effizient sein können, hat also bei jenen, die den Schuldenabbau wichtig finden (inklusive der Mittelgruppe), noch nicht so stark Zuspruch gefunden wie bei jenen, die Investitionen klar priorisieren.

¹³ Wortlaut: „Geben Sie bitte für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie ihnen jeweils zustimmen bzw. nicht zustimmen: Private Unternehmen sind immer effizienter als der öffentliche Sektor.“ Abgebildet in Prozent ist der Anteil jener, die stark zustimmen oder zustimmen (zu 100% fehlende Angaben: Ablehnen der Aussage/Weder Zustimmung noch Ablehnung/Weiß nicht). Gleiches gilt für Abbildung 5 – 8.

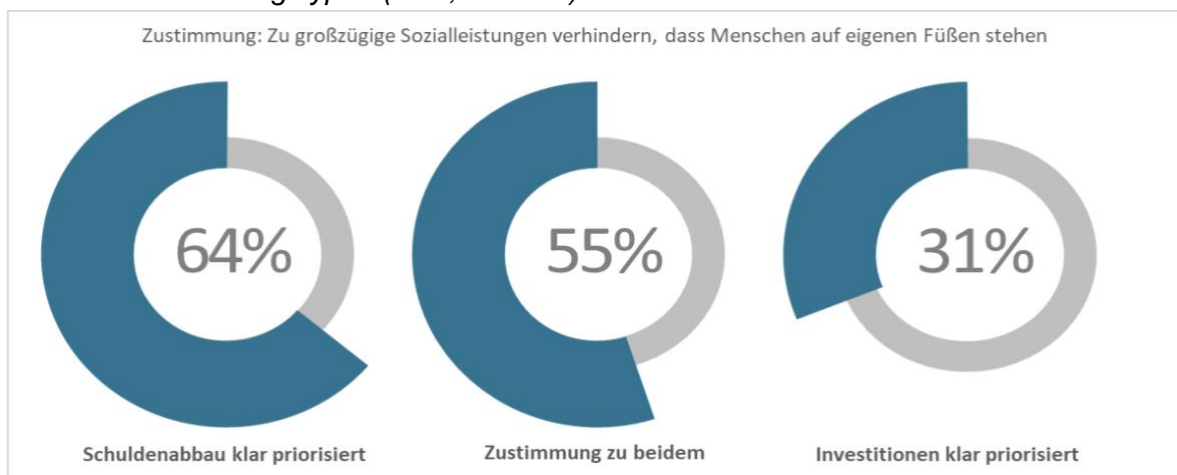
¹⁴ Mazzucato, M. 2014. *The entrepreneurial state: debunking public vs. private sector myths*. London & New York: Anthem Press.

Abbildung 5: Ansichten zur Kernursache von Unternehmenserfolg¹⁵ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)



Der Gedanke, dass Erfolg und Scheitern vor allem von der eigenen Leistung abhängt, bezieht sich dabei nicht nur auf Unternehmen, sondern auch auf Privatpersonen. Am meisten trifft das auf die Gruppe zu, die den Staatsschuldenabbau deutlich priorisiert (Abbildung 6). 64 Prozent von ihnen teilen die Auffassung, dass Menschen eher auf eigenen Füßen stünden, wenn Sozialleistungen nicht so großzügig wären. Unter denjenigen, die Investitionen priorisieren, denken dies hingegen nur 31 Prozent. Jene in der Mittelgruppe liegen dazwischen, stehen aber ersteren näher: 55 Prozent stimmen der Ansicht zu.

Abbildung 6: Ansichten zum Einfluss von Sozialleistungen¹⁶ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)



¹⁵ Wortlaut: „Der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens hängt allein von der Qualität seiner eigenen Handlungen ab.“

¹⁶ Wortlaut: „Wenn die Sozialleistungen nicht so großzügig wären, würden die Menschen lernen, auf eigenen Füßen zu stehen.“

Schuldenabbau wird also eher von Menschen als wichtig erachtet, die klassischen Narrativen zur Effizienz des Privatsektors und individuell geprägter Leistung zustimmen. Wenn die Frage jedoch in Bezug zum generellem Vertrauen in staatliche Institutionen gesetzt wird, befinden sich Menschen oft in der Gruppe, die gleichzeitig auch Investitionen als wichtig erachtet.

5. Kaum einer glaubt jedoch an „Trickle Down“ für Arbeitnehmende

Es wäre jedoch ein Fehler, daraus abzuleiten, dass die Personen, die sowohl Schuldenabbau und schuldenfinanzierte Investitionen grundsätzlich befürworten, dem Markt dabei vertrauen, für sie selbst gute Ergebnisse zu erzielen. Im Gegenteil: sie sind oft skeptisch, ob Arbeiter:innen, ausreichend an der Wertschöpfung ausreichend beteiligt werden. 73 Prozent von ihnen denken, dass normale Arbeiter:innen nicht ihren fairen Anteil am Wohlstand im Land erhalten und 47 Prozent glauben sogar, dass das Management in Firmen immer versuchen wird, Angestellte „übers Ohr zu hauen“ (Abbildungen 7 und 8). Das ist auf gleichem Niveau wie bei jenen, die Investitionen priorisieren, wo jeweils 74 und 46 Prozent den beiden Ansichten zustimmen.

Während viele Menschen - vor allem in der Mittelgruppe - an klassische Narrative zur Effizienz des Marktes glauben, heißt das also nicht, dass sie gleichzeitig denken, dass ihnen über sogenannte „Trickle Down“ Effekte ein angemessener Anteil der entstehenden Wertschöpfung zugutekäme. Politische Argumente, die auf dieser Erzählung aufbauen, haben es dementsprechend schwer, Zuspruch in der Bevölkerung zu finden. Interessanterweise gilt das auch bei der Gruppe jener, die schuldenfinanzierte staatliche Leistungen ablehnen. Auch sie stimmen beiden Aussagen mehrheitlich zu (mit respektive 72 und 50 Prozent).

Während wir also Unterschiede bei den Einstellungen zu Transferleistungen feststellen, erkennen wir im Großteil der gesamten Bevölkerung ein Bedürfnis, dass die Leistung von Arbeitnehmenden im Land angemessen bedacht und entlohnt wird.

Abbildung 7: Ansichten zur Teilhabe von Arbeitnehmer:innen am Wohlstand¹⁷ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)

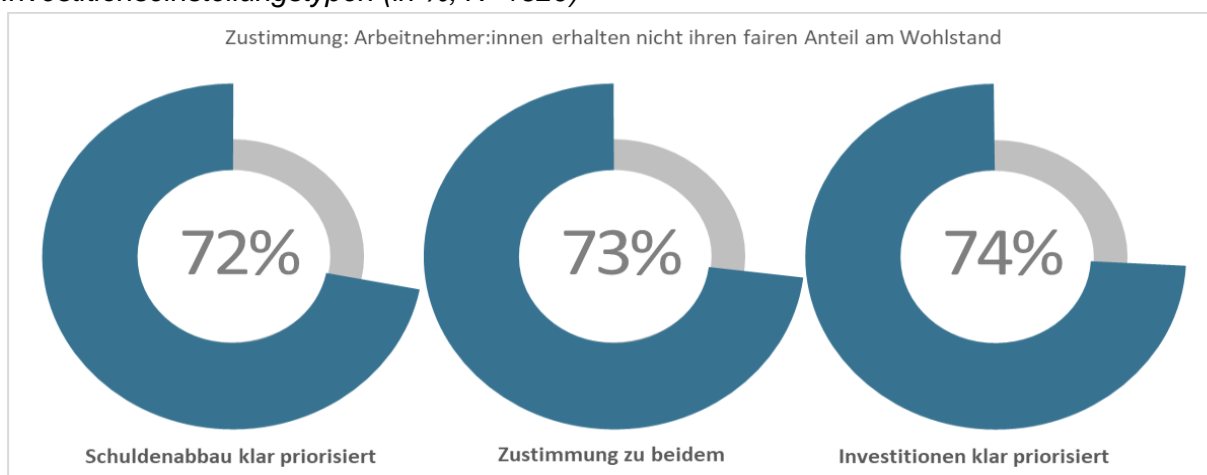
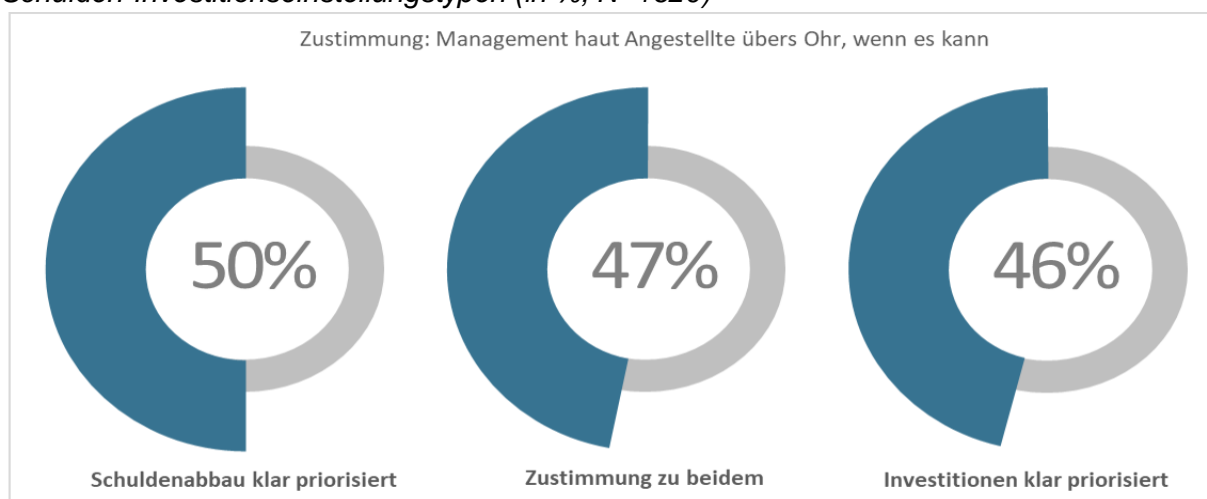


Abbildung 8: Ansichten zum Verhältnis von Management und Arbeitnehmer:innen¹⁸ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)



6. Eine Priorisierung von Investitionen geht mit größerem Wissen einher

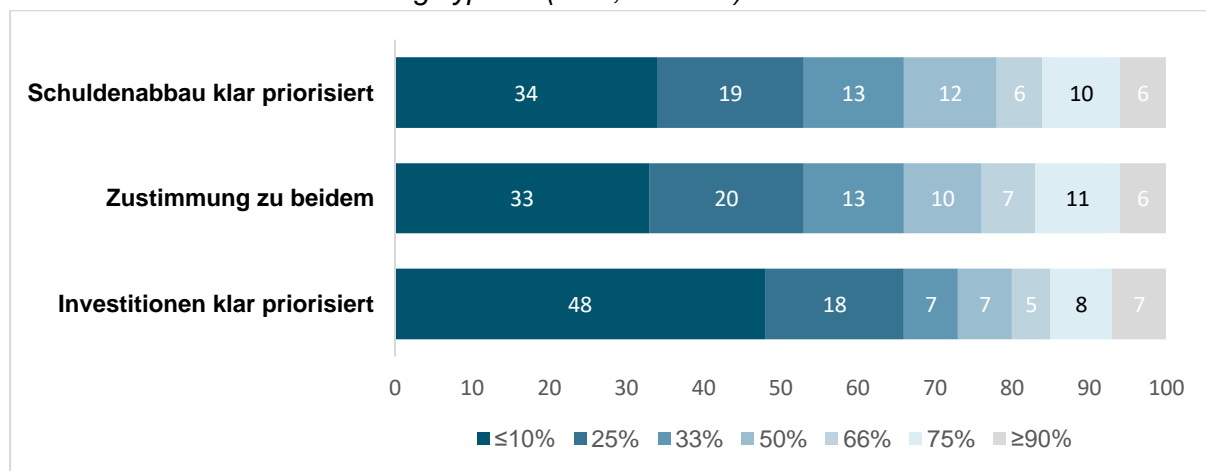
Viele Menschen üben also Kritik an der Ungleichheit bei der Wohlstandsteilhabe, gleichzeitig unterschätzen viele dabei aber das Ausmaß bei der ungleichen Verteilung von Vermögen in Deutschland. Dass die untere Hälfte der Haushalte in Deutschland

¹⁷ Wortlaut: „Normale Arbeiter erhalten nicht ihren fairen Anteil am Wohlstand im Land.“

¹⁸ Wortlaut: „Das Management wird immer versuchen die Angestellten übers Ohr zu hauen, wenn es dazu die Gelegenheit hat.“

weniger als 5 Prozent des Vermögens besitzt¹⁹, ordnen am ehesten jene ungefähr korrekt ein, die schuldenfinanzierte Investitionen klar priorisieren. Dort geben 48 Prozent einen Schätzwert in der richtigen Größenordnung (unter 10 Prozent) an (Abbildung 9). Unter denjenigen, die den Schuldenabbau priorisieren, schätzen das signifikant weniger korrekt ein. In dieser Gruppe liegen nur 34 Prozent im richtigen Bereich. Und bei den Menschen in der Mittelgruppe, die neben dem Schuldenabbau auch Investitionen wichtig finden, fällt das Wissensniveau mit 33 Prozent ähnlich niedrig aus.

Abbildung 9: Geschätzter Anteil am Wohlstand für die untere Hälfte der Haushalte²⁰ nach Schulden-Investitionseinstellungstypen²¹ (in %, N=1620)



Noch deutlicher sehen wir, dass Einstellungen zu Staatsschulden und Investitionen mit dem Wissen zusammenhängen, wie Staatsfinanzierung funktioniert. In der Umfrage wurden Menschen mit mehreren Aussagen konfrontiert und danach befragt, ob sie glauben, dass diese jeweils faktisch wahr oder falsch wären. Zur Staatsfinanzierung sahen sich die Leute mit folgender Behauptung konfrontiert: „Wenn Deutschland sich in einem Jahr Geld leiht, muss es im folgenden Jahr entweder die Ausgaben senken oder die Steuern erhöhen, um das Geld zurückzuzahlen.“ Die Aussage ist faktisch falsch, allein schon, weil viele Schulden

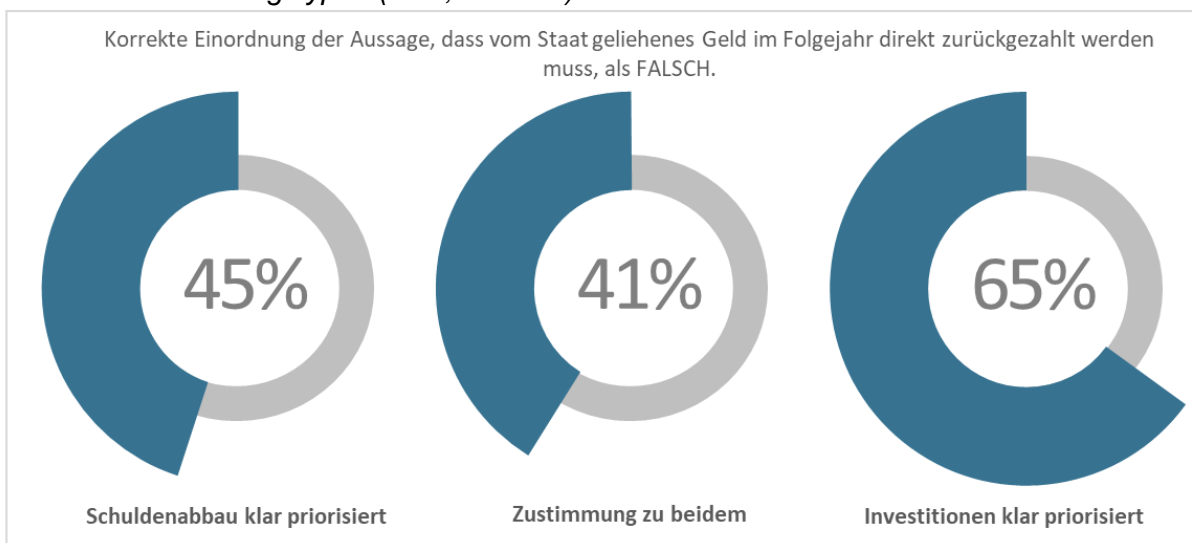
¹⁹ Albers, T., Bartels, C. & Schularick, M. (2022). Wealth and its Distribution in Germany, 1895-2018. *ECONtribute Discussion Paper* No. 162.

²⁰ Wortlaut: „Alles in allem, würden Sie sagen, dass Sie eher zufrieden oder eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert?“

²¹ Wortlaut: „Wohlstand ist in Deutschland ungleich verteilt. Wie hoch, glauben Sie, ist der Anteil des gesamten privaten Vermögens in Deutschland, der der unteren Hälfte an Haushalten im Land gehört? Wenn Sie sich unsicher sind, dann schätzen Sie bitte.“

über längerfristige Jahreszeiträume angelegt und somit nicht im Folgejahr direkt kompensiert werden müssen. Darüber hinaus berücksichtigt die Aussage nicht weitere Optionen zur Refinanzierung von Schulden. Von den Menschen, die Investitionen priorisieren, erkannten fast zwei Drittel, dass die Aussage falsch ist. Bei Menschen, die den Schuldenabbau priorisieren, waren es dagegen nur 45 und in der Mittelgruppe 41 Prozent (Abbildung 10). Die Einordnung des Schuldenabbaus als wichtig steht damit also teilweise im Zusammenhang mit einem Mangel an Wissen hinsichtlich des Funktionierens von Staatsfinanzierung.

Abbildung 10: Faktenwissen zu Staatsfinanzierung²² nach Schulden-Investitionseinstellungstypen (in %, N=1620)



7. Schlussfolgerungen

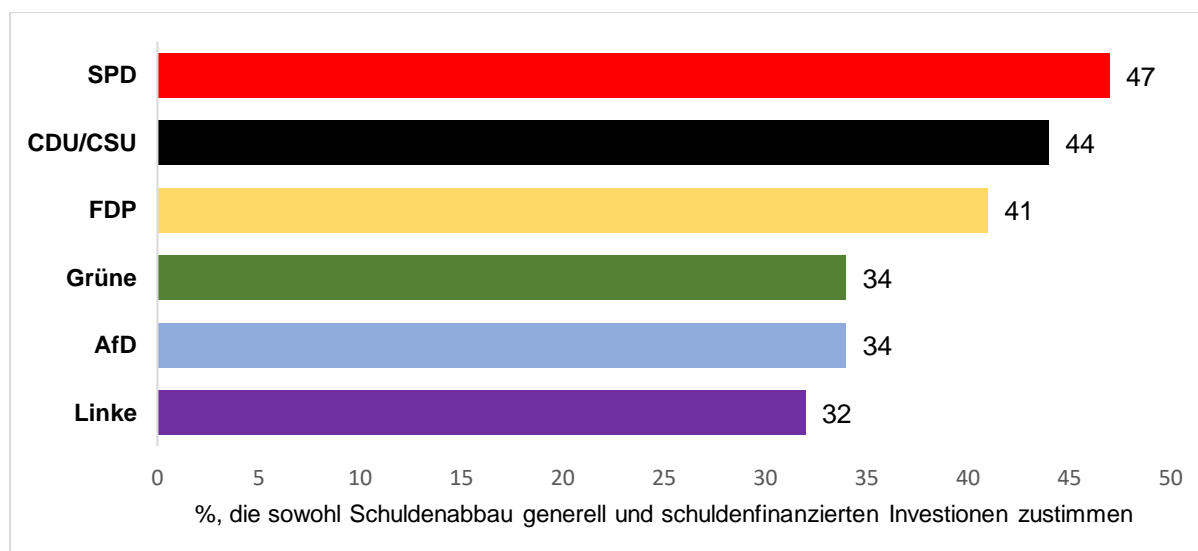
Nur eine Minderheit von Menschen in Deutschland (etwa ein Viertel) sieht den Abbau von Staatsschulden als Priorität an und spricht sich gleichzeitig gegen schuldenfinanzierte staatliche Investitionen aus. Am anderen Ende des Spektrums finden wir ebenfalls etwa ein Viertel an Menschen, die umgekehrt staatliche Investitionen als besonders wichtig erachten und dem Schuldenabbau keine große Bedeutung zumessen. Mindestens knapp ein Drittel der Anhänger:innen aller im

²² Wortlaut: „Geben Sie bitte für jede der folgenden Aussagen an, ob Sie glauben, dass sie WAHR oder FALSCH ist. Falls Sie sich unsicher sind, schätzen Sie bitte, ob die Aussage eher korrekt ist oder nicht: ‚Wenn Deutschland sich in einem Jahr Geld leiht, muss es im folgenden Jahr entweder die Ausgaben senken oder die Steuern erhöhen, um das Geld zurückzuzahlen.‘“

Bundestag vertretenen Parteien räumt sowohl dem Schuldenabbau als auch schuldenfinanzierten Investitionen Priorität ein (Abbildung 11). Am häufigsten kommt dieses Einstellungsprofil bei Menschen vor, die die SPD wählen würden (47 Prozent), gefolgt von den Unionsparteien (44 Prozent) und der FDP (41 Prozent).

Diese Mittelgruppe zeichnet sich durch ein ähnlich hohes grundsätzliches Vertrauen in staatliche Institutionen aus wie die Investitionspriorisierenden. Mit jenen, die den Schuldenabbau klar priorisieren, haben sie jedoch gemein, dass sie eher klassischen Narrativen zu Markteffizienz und individueller Leistung anhängen. Die Idee des „Entrepreneurial State“ ist bei ihnen bisher weniger verfangen. Doch das bedeutet nicht, dass sie blind dem Marktgeschehen vertrauen. Die große Mehrheit von ihnen (und auch vom Rest der Bevölkerung) denkt, dass Arbeitnehmer:innen in Deutschland nicht genug vom Wohlstand abgekommen. Das Wissen über den Grad der Ungleichheit und über die Funktionsweisen von Staatsfinanzierung ist jedoch in der Mittelgruppe geringer ausgeprägt als bei jenen, die Investitionen priorisieren. Den Abbau von Staatsschulden zu betonen, ist also teilweise mit geringerem faktischem Wissen assoziiert.

Abbildung 11: Zustimmung zu genereller Schuldenabbau-Priorität und schuldenfinanzierten Investitionen²³ nach aktueller Parteipräferenz für Bundestagswahl (in %, N=2857)



²³ Wortlaut: „Geben Sie bitte für jede der folgenden Aussagen an, ob Sie glauben, dass sie WAHR oder FALSCH ist. Falls Sie sich unsicher sind, schätzen Sie bitte, ob die Aussage eher korrekt ist oder nicht: ‚Wenn Deutschland sich in einem Jahr Geld leiht, muss es im folgenden Jahr entweder die Ausgaben senken oder die Steuern erhöhen, um das Geld zurückzuzahlen.‘“

Für politische und zivilgesellschaftliche Akteure, die das Ziel haben, staatliche Investitionen in Deutschland zu stärken, ergeben sich aus der Analyse wichtige Erkenntnisse. Zwar bewerten viele Menschen in Deutschland das Thema Schuldenabbau grundsätzlich als relevant, aber teilweise nur dann als prioritär, wenn es ohne Kontext angesprochen wird. Wird es dagegen in Verbindung mit der Frage nach Investitionen präsentiert, sind viele davon überzeugt, dass es zielführend sein kann, wenn der Staat sich Geld leiht. Investitionsbefürworter:innen brauchen also keine Angst zu haben, ihre Position klar zu vertreten. Schuldenfinanzierte Investitionen für Vorhaben, die viele Menschen als positiv erachten (z.B. Schulen, Infrastruktur und Gesundheitsvorsorge), stimmen viele intuitiv auch zu. Es ist also falsch, anzunehmen, dass eine grundsätzliche Befürwortung des Ziels, Schulden zu reduzieren, mit einer generellen Investitionsfeindlichkeit einherginge.

Menschen, die sowohl Schuldenabbau als auch schuldenfinanzierte Investitionen positiv bewerten, haben grundsätzlich ein hohes Vertrauen in die Institutionen des Staates haben. Bei den Verständnissen zur Rolle des Staates vis-a-vis zu privaten Unternehmen muss jedoch Bildungsarbeit geleistet werden. Hier hängen viele nach wie vor der veralteten Auffassung an, dass staatliches Handeln wenig mit unternehmerischem Handeln, Innovation und Verbesserung von Markteffizienz zu tun hätte. Dass der Erfolg von Unternehmen neben der eigenen Leistung auch stark von Rahmenbedingungen wie Bildung, Forschung und Infrastruktur abhängt, scheint gegenwärtig noch nicht so stark berücksichtigt zu werden.

Gleichzeitig besteht aber in Großteilen der Bevölkerung das Bedürfnis, dass vor allem arbeitende Menschen mehr am Wohlstand teilhaben sollten. Während bei den Menschen, denen der Schuldenabbau wichtig ist, oft Skepsis gegenüber Transferleistungen besteht, wünschen sich dennoch viele von ihnen, dass Arbeiter:innen besser beteiligt werden. Da nur wenige an „Trickle Down Effekte“ glauben, erscheint es vielversprechend, Narrative über einen investierenden Staat mit der Frage zu verknüpfen, was dies positiv für arbeitende Menschen bedeuten kann. Wichtig wäre es dabei, Erzählungen zu entwickeln, die nicht nur abstrakt darstellen, wie der Staat investierend tätig werden kann (oder schon so agiert), sondern ganz konkret, warum das für Menschen direkt wirtschaftlichen Nutzen bringt.

Bei der Entwicklung solcher Narrative sollte zudem eine Erhöhung des Wissens zu Ungleichheit und Staatsfinanzierung mit bedacht werden. Vor allem jene Menschen, die den Schuldenabbau als besonders wichtig erachten wissen weniger als jene, die das nicht tun. Eine Strategie, die auf staatliche Investitionspolitik setzt, den Nutzen für Arbeitnehmer:innen erhöht und die wahrgenommene Wichtigkeit des Themas durch einen Zuwachs an faktischem Hintergrundwissen in der Bevölkerung steigert, ist ambitioniert, hätte aber das Potential einen großen Anteil an Menschen zu erreichen.

Über die Autor:innen

Dr. Jan Eichhorn ist Forschungsdirektor bei d|part und Dozent an der Universität von Edinburgh. Mit dem Team von d|part forscht er daran, wie Menschen gesellschaftliche Strukturen verstehen und sich in Debatten zu Politik und Wirtschaft beteiligen. Aufbauend auf empirischen Analysen arbeitet Jan zusammen mit zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen sowie staatlichen Institutionen und Medien, um politische Partizipationsprozesse zu verbessern.

Carl Mühlbach ist Gründer und Geschäftsführer von FiscalFuture. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Heidelberg, Cambridge und Berlin und hat vor seiner Tätigkeit bei FiscalFuture im Bundesministerium der Finanzen gearbeitet. In 2023 wurde er von der Zeitschrift Capital als einer der Top 40 unter 40 ausgezeichnet.

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. Im Zentrum unserer Arbeit steht die Erforschung und Förderung verschiedener Formen politischer Partizipation. Wir geben Orientierung beim Erfassen und Verstehen von Bürgermeinungen und der Zivilgesellschaft und helfen, die Wünsche und Anforderungen der Bürger an Formen der politischen Beteiligung umzusetzen. Wir führen Forschungsprojekte durch, lehren an Schulen und Universitäten und beraten öffentliche Einrichtungen, Bürgerinitiativen und politische Organisationen in Workshops und Seminaren.

Fiscal Future ist eine überparteiliche und gemeinnützige Initiative junger Menschen für eine zukunftsfähige Finanzpolitik. Sei es beim Klimaschutz, guter Bildung oder der Digitalisierung - Finanzpolitik ist zentral für die Interessen junger Menschen. Daher fördert FiscalFuture ökonomische Bildung und die Beteiligung junger Menschen an finanzpolitischen Debatten. Bei seinen Veranstaltungen wie dem Finanzpolitischen Jugenddialog bringt FiscalFuture junge Menschen mit Expert:innen aus Wissenschaft und Politik zusammen.

FISCAL
FUTURE

d|part